

Sonne trotz der US-Blockade

Kuba will Abhängigkeit von Importen fossiler Energieträger entkommen: Wie das Land seinen Solarsektor beständig ausweitet

Von Kurt Terstegen

Angesichts der jüngsten Stromausfälle in Kuba wird die hohe Abhängigkeit der Insel von Ölimporten erneut deutlich. Mit der im Januar von US-Präsident Donald Trump weiter verschärften Blockadepolitik, die faktisch einem Ölembargo gleichkommt, hat sich die Versorgungslage dramatisch zugespitzt. Havanna sieht sich seither mit einer Energiekrise konfrontiert, deren Ausmaß beispiellos ist. Vor diesem Hintergrund treibt die kubanische Regierung den Umbau der Energieversorgung mit Nachdruck voran. Ziel ist es, den Druck aus Washington zu reduzieren. Präsident Miguel Díaz-Canel erklärte, Kuba habe seit mehr als drei Monaten keine Öllieferungen mehr erhalten. Unter diesen Bedingungen gewinnt der Ausbau erneuerbarer Energieträger strategische Bedeutung: Teile der kritischen Infrastruktur, darunter Einrichtungen des Gesundheitswesens, konnten zuletzt ausschließlich durch Solarenergie aufrechterhalten werden – eine Ressource, die sich dem Zugriff der Blockade entzieht.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war Kuba Anfang der 1990er Jahre in eine schwere Krise geraten. Da zuvor bis zu 80 Prozent des Außenhandels mit dem sozialistischen Lager abgewickelt worden waren, brach die Versorgung teilweise zusammen. Havanna reagierte mit der Ausrufung der »Periodo Especial«, einer Phase drastischer Einschnitte und Mangelwirtschaft. Mit dem Amtsantritt von Hugo Chávez in Venezuela Ende der 1990er Jahre eröffnete sich ein Ausweg: Subventionierte Öllieferungen aus Caracas wurden zur zentralen Stütze der kubanischen Energieversorgung unter den harten Bedingungen der US-Blockade. Diese über 20 Jahre währende Kooperation fand nach der Entführung von Chávez-Nachfolger Nicolás Maduro und den Überfällen auf Öllieferungen ihr Ende. Eine Situation, die Alternativen um so mehr Gewicht verleiht.

Sowohl im vergangenen als auch im aktuellen Fünfjahresplan misst die kubanische Regierung dem Ausbau der Solarenergie – neben der Elektrifizierung des Verkehrs – zentrale Bedeutung bei. Doch selbst der Übergang zu erneuerbaren Energieträgern wird durch die US-Blockade erheblich behindert. Insbesondere die Verschärfungen der 1990er Jahre, das Torricelli- und das Helms-Burton-Gesetz, entfalten extraterritoriale Wirkung und drohen auch Unternehmen aus Drittstaaten mit Sanktionen. Dennoch ist es Havanna in den vergangenen Jahren gelungen, den Anteil erneuerbarer Energieträger spürbar zu erhöhen und damit einen wichtigen Schritt zur Verringerung der energiepolitischen Abhängigkeit zu gehen.

Eine wichtige Rolle spielten in diesem Kontext chinesische Partner, insbesondere nach den begrenzten Lockerungen der Sanktionen unter Barack Obama. Chinesische Banken und Finanzinstitutionen traten als Kreditgeber auf, während Konzerne aus der Volksrepublik die entsprechenden Komponenten, wie Solarmodule, lieferten. So stellte Beijing Kuba im September 2023 rund 114 Millionen US-Dollar für ein Solarprojekt in der Provinz Holguín zur Verfügung. Im Rahmen dieses Vorhabens wurden Solaranlagen unter Beteiligung des Konzerns Shanghai Electric in mehreren Gemeinden installiert. Die Umsetzung erfolgt weiterhin unter Leitung des kubanischen Staatsunternehmens UNE und gilt als Beispiel für die wachsende energiepolitische Kooperation zwischen Havanna und Beijing.

Im Rahmen eines weiteren chinesischen Projekts aus dem Jahr 2018 entstand in der Sonderentwicklungszone Mariel das erste Solarkraftwerk des Landes in ausländischem Besitz. Konkret handelt es sich dabei um ein Gemeinschaftsunternehmen des britischen Entwicklers Hive Energy und des chinesischen Konzerns Shanghai Electric. Das Vorhaben, das nach einem 25jährigen Stromabnahmevertrag mit dem kubanischen Staatskonzern UNE Strom zu einem Festpreis liefert, soll die nationale Energieunabhängigkeit stärken und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, die gegenwärtig gar nicht mehr geliefert werden, verringern. Finanziert wurde auch dieses Projekt durch ein chinesisches Darlehen über 51 Millionen US-Dollar.

Neben staatlichen und unternehmerischen Initiativen unterstützen auch internationale Solidaritätsbewegungen den Ausbau erneuerbarer Energieträger in Kuba. Auf Basis von Spenden organisieren sie unter anderem Containerlieferungen mit Solarpanels in die Karibik. Auch die Frankfurter Initiative Interred war an der Umsetzung mehrerer Projekte beteiligt und konnte bis 2024 drei Solaranlagen finanzieren. Diese Vorhaben ermöglichen Einsparungen von bis zu 27.000 Litern Heizöl jährlich und leisten damit einen konkreten Beitrag zur Entlastung der angespannten Energieversorgung. Seit Februar kooperiert Interred zudem mit der Initiative »GewerkschafterInnen für Kuba«, in der sich Mitglieder verschiedener Branchen- und DGB-Gewerkschaften zusammengeschlossen haben, um praktische Hilfe für die Insel zu organisieren.

Auch aus anderen europäischen Ländern – insbesondere aus Spanien – wurde Unterstützung für Kuba angekündigt. Die staatliche Entwicklungsagentur AECID erklärte, in den kommenden Wochen humanitäre Hilfe auf die Insel zu entsenden. Neben Nahrungsmitteln und Hygieneartikeln sollen dabei auch bis zu zwanzig Solarpanels geliefert werden, um die Energieversorgung angesichts der akuten Notsituation punktuell zu stabilisieren.

Trotz und wegen der Blockade bemüht sich Havanna um einen Ausbau der erneuerbaren Energieträger. Angesichts der Sanktionen ist die Unterstützung durch ausländische Partner in dieser Hinsicht unerlässlich. Während aus der Bundesrepublik und Spanien Hilfe von Solidaritätsinitiativen organisiert wird, sorgt vor allem die Volksrepublik China für den entscheidenden Unterschied und finanzierte bereits ganze Wind- und Solarparks in dreistelliger Millionenhöhe.

<https://www.jungewelt.de/artikel/519583.energiekrise-in-kuba-sonne-trotzt-der-us-blockade.html>